

DAS HERDER-INSTITUT IN MARBURG: EIN FORUM FÜR DIE OSTMITTELEUROPAFORSCHUNG

Zu Beginn des Jahres 1994 ist das 1950 vom Johann Gottfried Herder-Forschungsrat gegründete Herder-Institut in Marburg in Umsetzung einer Empfehlung des Wissenschaftsrates vom Mai 1992¹ als „eingetragener Verein“ rechtlich verselbständigt und in seinen Aufgaben neu definiert worden. Als eine von Bund und allen sechzehn Bundesländern im Rahmen der gemeinsamen Forschungsförderung gemäß Artikel 91 b Grundgesetz finanzierte außeruniversitäre Einrichtung „von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse“² (Institut der „Blauen Liste“) erfüllt das Herder-Institut nunmehr die Funktion einer wissenschaftlichen Serviceeinrichtung für die Ostmitteleuropaforschung. Den Kernbereich seines

¹ Wissenschaftsrat. Empfehlungen und Stellungnahmen 1992. Köln 1993, 317–368, bes. 348–365.

² Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung. In: Informationen über die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK). Bonn 1994, 61–78, hier 61.

Arbeitsgebietes bilden – wie bisher – die heutigen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei, Estland, Lettland und Litauen. Dieser Kernbereich kann zur Wahrung inhaltlicher Zusammenhänge sowie zu komparatistischen Zwecken in Einzelfällen nach allen Seiten hin überschritten werden. Um der neuen bzw. modifizierten Aufgabenstellung – auch das alte Herder-Institut verstand sich immer auch als eine Service-Institution³ – gerecht zu werden, wird das Institut interessierten Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen wissenschaftliche Serviceleistungen künftig im Rahmen dreier zentraler Bereiche anbieten.

Im Rahmen eines *Grundlagenservice* sollen neben der kontinuierlichen Unterhaltung und Erweiterung einschlägiger Spezialsammlungen (Bibliothek; Bild-, Karten-, Dokumentensammlung; Pressearchiv) systematische Beschreibungen einzelner Sammlungsbestände Forschungsmöglichkeiten im Herder-Institut bzw. an seinen Materialien aufzeigen und zu intensiverer Nutzung der Institutsbestände anregen. In Gestalt themenorientierter, im wesentlichen auf der Grundlage der Institutsbestände zu erarbeitender „Materialien zur Ostmitteleuropaforschung“ sollen zudem zu spezifischen Forschungsfragen überschaubare Quellen- und Materialbestände aufbereitet und erschlossen werden. Mit Editionen historischer Primärquellen, insbesondere landschaftlicher Urkundenbücher, sollen darüber hinaus der Ostmitteleuropaforschung wichtige Quellentexte auch unmittelbar zugänglich gemacht werden. Hier werden zunächst insbesondere die Arbeiten am Schlesischen, Pommerschen und Preußischen Urkundenbuch fortgeführt werden. Abgerundet wird der Grundlagenservice durch ein modifiziertes Programm zur Erstellung von Jahresbibliographien zur Geschichte und Landeskunde einzelner ostmitteleuropäischer Regionen. Die in Kooperation mit Partnerinstitutionen in Polen, der Tschechischen und Slowakischen Republik erarbeiteten Bibliographien sollen mittelfristig in einer Literaturlatenbank zusammengeführt werden, die unabhängig von den in Buchform publizierten Jahresbibliographien jeweils auch einen laufenden direkten On-line-Zugriff ermöglichen soll.

Auf der Grundlage der aufzubauenden Literaturlatenbank und seiner Sammlungen wird das Institut künftig einen erweiterten *Informations- und Recherche-Service* anbieten, der neben Literaturrecherchen und -dokumentationen für Einzelwissenschaftler und Forschungseinrichtungen auch entsprechende Dienstleistungen im Bereich des Bild- und Kartennachweises sowie der Pressedokumentation umfassen wird. Die Vermittlung länders- bzw. regionalbezogener Fachinformationen an Einzelpersonen und Institutionen bildet einen weiteren Aspekt des Informations- und Recherche-Service.

Ein wichtiges Element des Servicecharakters des Instituts besteht in seiner *Forumfunktion* für die Ostmitteleuropaforschung. Dem Anspruch, Diskussions- und Kommunikationsforum für die internationale Ostmitteleuropaforschung zu sein, sucht das Institut mit einem eigenen Stipendienprogramm gerecht zu werden, das insbesondere

³ Vgl. Wezzerka, Hugo: Johann Gottfried Herder-Forschungsrat und Johann Gottfried Herder-Institut. Entstehung und Entwicklung eines Verbundes der Ostmitteleuropaforschung. In: Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990. Hrsg. von Erwin Oberländer. Stuttgart 1992, 256–275.

jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Ostmitteleuropa verstärkt Möglichkeiten zur Nutzung der Institutsbestände sowie zum internationalen Gespräch eröffnen soll. Daneben bietet ein breitgefächertes Veröffentlichungsprogramm Kommunikationsmöglichkeiten über das traditionelle Printmedium, das durch ein sukzessiv entstehendes Informationsangebot im Rahmen des Internet/WWW eine zukunftsorientierte Ergänzung erfährt. Ein zentrales Element der Forumfunktion des Institut wird auch künftig das Medium „Tagung“ sein. Hier wird sich das Institut nationalen und internationalen Kooperationspartnern in stärkerem Maße als bisher öffnen und seine Infrastruktur auch über die Trägereinrichtungen des Vereins Herder-Institut hinaus interessierten Partnern zur Durchführung gemeinsamer Tagungen, Kolloquien und workshops zur Verfügung stellen.

In diesem Zusammenhang wird u. a. die traditionell enge Kooperation des Herder-Instituts mit dem J. G. Herder-Forschungsrat weiterhin einen wichtigen Platz einnehmen. Die langjährige gemeinsame Konferenzarbeit wurde im November 1995 mit einer internationalen Fachtagung zum Thema „Krieg, Okkupation und Gesellschaft in Ostmittel- und Westeuropa 1939–1945“ und im März 1996 mit einer ähnlich international besetzten Tagung zum Thema „Politische Eliten in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert“ fortgesetzt.

Anliegen der gemeinsam mit der Kommission für Zeitgeschichte im J. G. Herder-Forschungsrat vom 15. bis 18. November 1995 durchgeführten sozialgeschichtlich angelegten Tagung „Krieg, Okkupation und Gesellschaft in Ostmittel- und Westeuropa 1939–1945“ war es, den Folgen und Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges mit seinen unterschiedlichen Besatzungssituationen auf die ostmitteleuropäischen Gesellschaften und ihre einzelnen Gruppierungen nachzugehen. Dabei war der Blick in einer „verknüpfenden Fragestellung“ einerseits auf die unmittelbaren Folgen und Auswirkungen selbst, andererseits auf die durch diese Folgen und Auswirkungen geschaffenen Dispositionen der ostmitteleuropäischen Gesellschaften für den nach 1945 einsetzenden Aufbau des neuen staatssozialistischen Regimes gerichtet.

Die Tagung, die Referenten und Diskutanten aus Polen, Ungarn, der Tschechischen und Slowakischen Republik, den Niederlanden und Dänemark sowie aus Deutschland zusammenführte, wurde mit einem öffentlichen Vortrag von Tomasz Szarota (Warschau) eröffnet, in dem der Referent in vergleichender Perspektive die tiefgreifenden Auswirkungen von Krieg und Okkupation auf das Alltagsleben in Warschau und anderen besetzten europäischen Hauptstädten darstellte. Die sich anschließende Tagungsdiskussion führte einmal mehr die methodischen Schwierigkeiten eines Fragens nach den Wandlungen und Umbrüchen sozialer Strukturen, sozialpsychologischer Verhaltensweisen und mentaler Einstellungen vor Augen. Zurecht wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß sich diese Phänomene nicht quantifizieren und sich aus den verfügbaren Quellenzeugnissen nur mit großer Mühe und einem ausgefeilten Instrumentarium ermitteln lassen. Zwangsläufig mußte in der Diskussion auch immer wieder auf die äußeren politischen Handlungsabläufe, die ereignisgeschichtlichen Vorgänge der Okkupationen sowie die ihnen zugrundeliegenden politischen Konzeptionen der Okkupanten eingegangen werden. Der engeren Fragestellung näherte man sich in immer neuen Einkreisungen und Anläufen. Dabei erwies sich der gewählte erweiterte komparatistische Ansatz mit der Einbeziehung der Besatzungs-

situationen in zwei nord- bzw. westeuropäischen Ländern als besonders fruchtbar.

Die Tagung machte deutlich, daß der Grad des sozialen Wandels während der Okkupationen und die Richtung der weiteren Entwicklung der im Krieg okkupierten Gesellschaften in der Zeit nach dem Krieg nicht nur durch das unterschiedliche Ausmaß von Besatzung und Terror, sondern in hohem Maße auch von der Ausgangslage, den sozialen Strukturen und Verhältnissen der betroffenen Gesellschaften in der Vorkriegszeit bestimmt war. Hans Blom (Amsterdam) zeigte am Beispiel der niederländischen Gesellschaft, daß die deutschen Okkupanten mit einer äußerst komplexen gesellschaftlichen Struktur konfrontiert wurden, deren Wurzeln und Traditionen weit in die holländische Geschichte zurückreichten. Blom führte diese komplexe Sozialstruktur, die starke „Versäulung“ der niederländischen Gesellschaft als Deutungsmuster dafür an, daß sowohl das nationalsozialistische Programm einer wirtschaftlichen Ausbeutung als auch der Versuch einer politischen Gleichschaltung der niederländischen Gesellschaft letztlich scheiterte. Daß die deutschen Okkupanten mit ihren intendierten Umstrukturierungsplänen nicht erfolgreich waren, zeigt im Umkehrschluß, wie tief die Versäulung der niederländischen Gesellschaft verankert war. Unter der äußeren okkupationspolitischen Oberfläche blieb die holländische Gesellschaft in ihren sozialen Vorkriegsstrukturen im wesentlichen stabil. Auch in Dänemark war die Kriegszeit – wie Henning Poulsen (Arhus) darstellte – mit ihrem für die Dänen sehr milden Okkupationsregime von einem hohen Grad an Stabilität geprägt, ja geradezu ein konservierender Faktor, der sozialen Wandel nicht nur nicht bewirkte, sondern regelrecht verhinderte. In seiner Erklärung dieses Phänomens verwies Poulsen insbesondere auf die agrarische Prägung der dänischen Vorkriegsgesellschaft.

Die durch eine Einführung von Hans Lemberg (Marburg), eine Zusammenfassung von Eduard Mühle (Marburg) und zehn Leitreferate strukturierte Diskussion unterschied zwischen intendiertem und nichtintendiertem sozialen Wandel. Als intendierter Wandel traten dabei zum einen die durch geplante Maßnahmen der nationalsozialistischen Okkupanten forcierten Veränderungen, zum anderen die durch die im Exil, im Untergrund oder bei den mit den Nationalsozialisten verbündeten politischen Eliten während des Krieges konzipierten, dann in der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Zuge gekommenen eigenen nationalen Umgestaltungspläne der ostmitteleuropäischen Gesellschaften ins Blickfeld. Als ein kaum zu überschätzender Faktor des vom nationalsozialistischen Regime intendierten sozialen Wandels, der das Sozial- und Wirtschaftsgefüge der west-, mehr noch aber der ostmitteleuropäischen Gesellschaft grundlegend veränderte, wurde die Vernichtung des europäischen Judentums herausgehoben. Am Beispiel der Slowakei stellte Ladislav Suško (Bratislava) den Prozeß der Verdrängung der Juden aus dem Wirtschafts-, Kultur- und Geistesleben einer Gesellschaft dar. Dabei machte er zugleich deutlich, daß die antijüdische Politik der Slowakei keineswegs nur ein Ergebnis äußeren deutschen Drucks war, sondern ein Aspekt slowakischer Innenpolitik, bei dem die Erste Slowakische Republik letztlich die volle Entscheidungsfreiheit behielt. Die Liquidierung und – in erheblich kleinerem Umfang – auch die Arisierung jüdischer Unternehmen, mittel- und kleinständischer Betriebe hatte nicht nur einen radikalen Umbruch in den Strukturen des slowakischen Wirtschaftslebens zur Folge, sondern auch verheerende Auswirkungen auf die

politische Mentalität und Moral der slowakischen Elite, die sich – so Suško – bis zu Korruption und Vetternwirtschaft niederschläge, die den heutigen politischen Alltag der Slowakei bestimme.

Die mit der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung bewirkten tiefgreifenden Veränderungen in der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der betroffenen Gesellschaften wurden von Stanisław Meducki (Kielce) am Beispiel der Stadt Kielce in einer mikrostrukturellen Analyse vor Augen geführt. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, wie tief der Bruch im Gefüge dieser mittelpolnischen Stadt gewesen sein muß, in der noch 1941 30% der 80000 Einwohner Juden waren, denen 41% aller Läden und 57% aller Handwerksstätten gehörten. Nicht nur in Kielce und in der Slowakei konnte die Zerschlagung des jüdischen klein- und mittelständischen Gewerbes nie wieder kompensiert werden. Die damit in den Gesellschafts- und Wirtschaftsgefügen Ostmitteleuropas langfristig eingetretenen gravierenden Schäden sind auch in den anderen Referaten immer wieder hervorgehoben worden. Die Frage, welche Auswirkungen die von der nichtjüdischen Bevölkerung besetzter Staaten wahrgenommene Judenverfolgung auf das Sozialverhalten, die kulturelle und politische Mentalität der ostmitteleuropäischen Nachkriegsgesellschaften hatte, ist nur gestreift worden. Die schwer zu ermittelnden Reaktionen der nichtjüdischen Bevölkerung Ostmitteleuropas reichten bekanntlich von aktiver Hilfe für verfolgte Juden über eine im Innern von Abscheu, Furcht und Mitleid geprägte Anteilnahme, eine distanzierte Gleichgültigkeit über heimliche Genugtuung bis hin zur aktiven Unterstützung der Verfolgungsmaßnahmen. Auf die Sozialpsychologie der ostmitteleuropäischen Gesellschaften haben sich auch jene Verschiebungen ausgewirkt, die durch das Nachrücken sozialer Aufsteiger in die von den deportierten und ermordeten Juden geräumten wirtschaftlichen und sozialen Positionen entstanden. Peter Sipos (Budapest) wies darauf hin, daß es in Ungarn in erster Linie Angehörige der mittleren und höheren Verwaltungsschicht waren, die von der Verdrängung der Juden in diesem Sinne profitierten, während Karel Sommer (Opava) für das Protektorat Böhmen und Mähren hier mit den Deutschen eher ein nationales als soziales Element ausmachte.

Eng verbunden mit der Vernichtung des jüdischen Elements – in Einzelschicksalen auch identisch mit ihr – war die Verdrängung und beabsichtigte Vernichtung der Intelligenzschichten der ostmitteleuropäischen Gesellschaften. Auch die Auswirkungen dieses vom Okkupanten intendierten sozialen Wandels wurden u. a. von Karel Sommer für das Protektorat insbesondere mit Blick auf die Veränderungen in der allgemeinen Berufsstruktur hervorgehoben. Mit der Dezimierung des Mittelstandes der ostmitteleuropäischen Gesellschaft durch die Vernichtung des Judentums korrespondierte ein starkes Anwachsen des Arbeiterstandes, das in seiner spezifischen Rekrutierungskombination von einerseits deklassierten Mittelständlern und Intelligenzberuflern, andererseits aufsteigenden ländlichen Zuwanderern für die Nachkriegsentwicklung bereits wichtige sozial-ökonomische Weichen stellte und in Verbindung mit Ent eignungen von Kapital und Grundbesitz zu einer Angleichung der Einkommens- und Besitzverhältnisse und damit des Sozialstatus führte. Hans Lemberg verwies in diesem Zusammenhang auf den bislang nur für die Verhältnisse in den staatssozialistischen Nachkriegssystemen entwickelten Begriff der „comprehensive workers“ und fragte zurecht, ob sich dieser neue umfassendere, zugleich eine gewisse Nivellierung impli-

zierende Typus nicht schon in der Kriegszeit bzw. Kriegswirtschaft herauszubilden begonnen hatte.

Wichtig und von nachhaltigem Einfluß für die Wirtschaftsentwicklung im allgemeinen und die Industrientwicklung der ostmitteleuropäischen Nachkriegsgesellschaft im besonderen war die in unterschiedlicher Komplexität und Effizienz während der Besatzung bzw. direkten Abhängigkeit etablierte Kriegswirtschaft. Ihre Auswirkungen wurden von Miroslav Fabricius (Bratislava) am Beispiel der Slowakei und von Karel Sommer für das Protektorat Böhmen und Mähren detailliert dargestellt. Inwieweit die im Rahmen der Kriegswirtschaft verfolgte staatliche Regulierung bzw. die Etablierung von Mechanismen und Institutionen zentralstaatlicher Wirtschaftssteuerung unter den Prämissen der Kriegsproduktion anschließend direkte Auswirkungen auf die Einrichtung der staatssozialistischen Wirtschaftslenkung hatte, scheint gleichwohl noch näherer Untersuchungen zu bedürfen. In einer Hinsicht hatte die Kriegswirtschaft, wie Susanne Conze (Bielefeld) mit Bezug auf Ergebnisse der historischen Frauenforschung anmerkte, offenbar keine langfristigen Auswirkungen gehabt: nämlich im Hinblick auf eine mögliche Veränderung des Geschlechterverhältnisses aufgrund des massiven Einsatzes von Frauen in der Kriegsproduktion. Die spezifische Wertschätzung der Frau als Trägerin des Produktionsprozesses war – anders als in der Sowjetunion – in Westeuropa, aber auch in den USA ein vorübergehendes Phänomen in einer Ausnahmesituation ohne nachhaltige emanzipatorische Wirkung.

Kontrovers diskutiert wurde in diesem Zusammenhang das Konzept der „Modernisierung“. Während insbesondere Ladislav Suško und Miroslav Fabricius in der Übernahme moderner deutscher Organisationserfahrungen und technologischer Verfahren (z. B. in der chemischen Industrie) sowie in der von deutschen Beratern unterstützten Technologisierung der Landwirtschaft für die Slowakei, ein Diskutant angesichts des Take-off der modernen französischen Industriegesellschaft just während der Okkupation bzw. des Vichy-Regimes für Frankreich und Peter Sipos angesichts eines merkbaren Urbanisierungsschubs für Ungarn durchaus von Modernisierung sprechen wollten, haben andere Teilnehmer die Tauglichkeit dieses Begriffs in diesem Zusammenhang eher in Zweifel gezogen.

Die Frage, inwieweit allgemeine säkulare Entwicklungstrends wirtschaftlicher Modernisierung unabhängig von Krieg, Kriegswirtschaft, Besatzung und Terror sozialen Wandel beschleunigten, konnte nur andiskutiert werden. Interessant war auch hier der Vergleich. So legte z. B. die Beobachtung von Henning Poulsen, daß die dänische Gesellschaft trotz Krieg und Okkupation sehr stabil geblieben war und beides keine wesentlichen sozialen Auswirkungen hatte, es andererseits aber doch in dieser Zeit auch in Dänemark als Ausfluß der wirtschaftlichen Entwicklung zu einer gewissen Angleichung der Lohnniveaus, zu einer zunehmenden Vereinheitlichung der Gesellschaft kam, die Überlegung nahe, daß die entsprechenden sozialen Veränderungen vielleicht vor allem eine Folge eines durchgängigen wirtschaftlichen Modernisierungstrends waren, der durch die unterschiedlichen Okkupationssituationen je unterschiedlich geprägt, gefördert oder gehemmt, aber möglicherweise nicht ursächlich angestoßen worden war.

Als ein weiterer Faktor tiefgreifenden sozialen Wandels wurden die zahlreichen und umfangreichen geographisch-territorialen Verschiebungen der Völker während und

unmittelbar nach dem Krieg in Gestalt von Deportationen und Vertreibungen gesehen. Waclaw Długoborski (Kattowitz) verdeutlichte am Beispiel der zum Teil bereits vor den Kriegshandlungen begonnenen Deportationen durch die deutschen und sowjetischen Okkupanten in den drei Okkupationsgebieten Polens, Karel Sommer am Beispiel der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei die schwerwiegenden langfristigen Folgen dieser Zwangsmaßnahmen.

Einige Aspekte wurden in der Diskussion nicht oder zu wenig angesprochen; so die Frage nach den Auswirkungen der Unterdrückung bzw. Zerstörung der nationalen Bildungssysteme, des nationalen Kulturlebens und Kunstschaffens; die Frage nach den Auswirkungen der verschieden intensiven nationalen Selbst- und Rückbesinnung als Ausdruck von Widerstand und Selbstbehauptungswillen bzw. des unterschiedlichen Organisationsgrades von Widerstand; schließlich die Frage nach den Auswirkungen des kontroversen Diskurses innerhalb der ostmitteleuropäischen Exil- und Untergrundgesellschaften im Hinblick auf die Gestaltung der Nachkriegszeit. Nicht nur diese Fragen harren der weiteren Erörterung.